

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends  
Monatsbezugspreis - 50 Goldmark (ohne Postgebühren)  
Bestellungen nur durch die Post  
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom  
**Deutschen Baugewerksbund**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften kosten - 50 Goldmark  
für die dreispaltige Kleinzeile oder deren Raum  
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

### Dies lehrt die Pfingstzeit ...

Nun duften wieder allerwegen  
Des jungen Sommers Blütensterne;  
Aus allen Feldern und Gehägen  
Sprüht Lebensfreude. Aus der Ferne  
Harrt an das Ohr gedämpfter Klang  
Wie Geigenton aus weiten Höhen,  
Zu präudlieren dem Gesang  
Vom ewigen Werden und Bestehen.

Das ist des Sommers Hochzeitslied,  
Das um die Pfingstzeit klingt und brodelt,  
Das lieblich durch die Täler zieht  
Und lustig von den Höhen jodelt ...  
Es ist das Lied der Lebensfülle,  
Das Hohelied der großen Sendung,  
Die aus der bunten Blütenhülle  
Mit Eifer strebt zur Fruchtvollendung!

Dies lehrt die Pfingstzeit: Stilles Weben  
In froher Lebensharmonie,  
In Blütendüften vorwärts streben  
Der Frucht entgegen; spät und früh  
Des Alltags Jugendkräfte regen  
Und allumfassend Liebe spenden,  
Des Sommers Freudenfüllen Segen  
Weit über alle Lande jenseit!

Das ist der Geist der Pfingstzeit,  
Der sich der Menschheit offenbart.  
Der Schönheit und Vollkommenheit  
In reicher Blütenfülle paart,  
Der ungebeugte Tatkraft kühnt  
Und immer schaffensfreudig bleibt,  
Dem Leben Lorbeerkränze windet  
Und lebenspendend Früchte freibt!

So ist die Pfingstzeit ein Verzeichnis  
Vollendetster Vollkommenheit -  
Lernt, Brüder, Schwestern, aus dem Gleich-  
Den Sinn der echten Menschlichkeit! [nis  
Schreibt auf das flatternde Panier  
der Menschheit die Kulturparole:  
Fortan als Ganzes wollen wir  
Nur wirken zu des Ganzen Wohle!

Dann wird der Pfingstzeit heil'ger Geist,  
Der mit gespannten Adlerschwüngen  
Im blauen Äther Euch umkreist,  
Euch Frieden und Erlösung bringen!  
Dann wird ein Pfingsten Euch erblühen,  
Ein Menschheitspfingsten hell und rein,  
Und sonnenfunkelnd wird erglänzen  
Der Freiheit goldner Wappenschein!

TRKFS

### Europäische Krisenercheinungen.

In den fünf Jahren nach dem Waffenstillstand war Europa von den heftigsten Krisen heimgesucht, die sich gleichzeitig auf die Politik, die soziale Bewegung und die Wirtschaft erstreckten. Auch heute befindet sich Europa nach in diesem krisenhaften Zustand. Sind auch einzelne Krisenercheinungen in manchen Ländern weniger heftig geworden, so sieht man die Dauerhaftigkeit der andern gegenüber als Beweis dafür, daß die Gefahren, die dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben Europas drohen, nicht vorübergehende Erscheinungen sind. Die Ereignisse der letzten Wochen dürften dafür Beweise genug geliefert haben.

Die politische Krise, unter der Europa leidet, hat in der letzten Zeit eine geradezu tragische Wendung genommen. Für das Wohlergehen Europas wäre es notwendig gewesen, die europäischen Völker einander näherzubringen, den Geist des Krieges und der imperialistischen Abenteuer zu bannen und die Völkerverbrüderung in die Wege zu leiten. Im Laufe der Jahre sind aber einer solchen europäischen Politik eine Anzahl Hindernisse erwachsen. Deren erstes und wichtigstes war der französische Imperialismus, der in Millerand, Poincaré und dem nationalen Blof seine Verkörperung fand und zur Vernichtung der deutschen Demokratie und Republik führte, dann aber die politische Lage Anglands, dessen Verhaltung vom übrigen Europa die politischen Verhältnisse verständig bedrohte, und endlich der Faschismus, dessen eingetragene Forderungen gegen die oben gekennzeichneten Weltanschauungen gerichtet waren. Die unheilvollen Wirkungen einer Weltreaktion, die von kapitalistischen Kräften, die ihre Macht wiederzugewinnen streben, geschürt wurde, haben Europa ständig in Unruhe gehalten. In der letzten Zeit zeigte sich jedoch eine verheißungsvolle Wendung der europäischen Politik. Die Wadlungsbewegung der englischen Arbeiterpartei war der Auftakt zu dieser Wendung, die in den letzten Monaten der Reaktion zu Fall brachten, ihren Ausbruch fand. Zwischen diesen beiden Ereignissen standen andere verheißungsvolle Symptome in einer Anzahl europäischer Staaten, so in Belgien, Dänemark, Finnland, wo die sozialistischen und demokratischen Kräfte wesentlich zunehmen, ja sogar die Mehrheit erobern konnten. Die Anerkennung Anglands durch England und andere Staaten war ebenfalls für die Verwirklichung der europäischen Lage von großer Bedeutung. Trotzdem ist es aber Europa noch nicht vergönnt, in eine Periode politischer Ruhe einzutreten. Ohne die Lösung des deutschen Problems ist ein Millestand für Europa undenkbar. Das Zurückbleiben der Sachverständigen hat, obwohl die dieselbst aufgestellten Forderungen wirtschaftlich erdrückend und sozial höchst ungerecht sind, die Lösung der Reparationsfrage in die Wege geleitet. Unter der Wucht der unabweisbaren Notwendigkeit wird das Gutachten ohne Zweifel von Deutschland angenommen werden. Daran kann die Höhe der Rechtsvorleiten nichts ändern, stehen doch auch diese unter dem gleichen Zwang, der eine Ablehnung des Gutachtens unmöglich macht. Trotzdem wird auch dies die politische Ruhe in Deutschland noch nicht herstellen. Der französische Imperialismus mit

seinen unaufföhrlichen Demütigungen für das deutsche Volk hat in Deutschland Kräfte geweckt und Erregungen ausgeföhrt, die sowohl den inneren wie den äußeren Frieden ständig bedrohen. Dies um so mehr, als Großgrundbesitz und Großkapital es vorzüglich verstanden haben, diese elementaren Kräfte des Nationalismus für sich einzufangen, mit ihren reichlichen Geldmitteln eine ausgedehnte Presse einzurichten und Propaganda zu entfalten und dadurch die kriegerischen Instinnte der Massen zu entfesseln und die deutsche demokratische Republik, die den Frieden Europas verbürgen sollte, zu Grabe zu tragen. Die Ergebnisse der deutschen Wahlen, wie noch mehr das in seinem Machtwort alle Gefühle spottende Verhalten der extremen Nationalisten - wie es sich jüngst in Halle zeigte - haben diese Wendung offen an den Tag gelegt. So wird die politische Krise Europas - trotz der angeführten günstigen Wendungen - weiter anhalten müssen.

Die Wirtschaftskrise der europäischen Länder hat vielfach an Schärfe der Jahre 1921/22 eingebüßt; doch bestehen viele Krisenercheinungen weiter fort und es iraken auch neue hinzu. Die durch Inflation und Staatsbesitzge hervorgerufenen Krisen sind in den meisten europäischen Ländern im Schwunden begriffen. Dagegen leidet eine Anzahl europäischer Länder unter der Krise, dank der Stabilisierung des Geldwertes; die infolge der Verzerrung der europäischen Völker entstehende Kaufkraftkrisis des Geldwertes. Mit diesen beiden geht eine Preiskrise einher, die die Waren sowohl für den inneren Verbrauch wie für die Ausfuhr unerschwinglich macht. Dazu sind noch Agrar- und Rohstoffkrisen hinzuzurechnen.

Die Stabilisierungskrise erscheint in verschiedenen Gestalten: als Preiskrise, indem die Produktionskosten steigen, die inneren Preise die Weltmarktpreise erreichen oder - da die übrigen Staaten inzwischen ihre Produktionskosten zu verbilligen bemühten - über diese hinausgehen; als Krise des Arbeitsmarktes, wenn der Beschäftigungsgrad infolge Minderanges des Verbrauches an inneren Markt oder der Ausfuhr sinkt; als Geld- und Kreditkrise, indem dem den Preisrückgängen und den unvermeidlichen Kreditbeschränkungen der Notenbank, die auch zu Staatsbankrotten keine Notwendigkeit drufen, eine ungeheure Knappheit an Zahlungsmitteln entsteht; als Krise des Effektenmarktes, wo die Kurse der Aktien infolge der Geldknappheit gewaltig zurückgehen und die größten Verschleppungen der Weltverhältnisse herbeiföhren. Eine große Anzahl europäischer Länder versöhrt gegenwärtig die Wirkungen dieser Krisenercheinungen, wenn auch jeweils die eine oder die andere Form überwiegt. Frankreich leidet gegenwärtig insbesondere, Deutschland unter einer Preis- und Kreditkrise, in Oesterreich herrscht die Krise der Geldknappheit und das Arbeitsmarktes, in der Schweiz und in Ungarn eine Kreditkrise, in Polen eine Preis- und Beschäftigungsgrades. Die Krise des Effektenmarktes wüdet in Deutschland, Oesterreich und Ungarn. Es liegt in den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder, welche Art der Krise gerade dort vorherrschend ist. Der Wahlausgang in Frankreich wurde unter anderem auch

von der Preiskrise beeinflusst. Poincaré konnte zwar die Erholung des Franken, nicht aber einen diesen entsprechenden Preisabbau am inneren Markt erreichen, und die Teuerung hat ihm viele Stimmen gekostet. Dank seines Dumping-Systems führte in Frankreich die Teuerung nur zur Einschränkung des inneren Verbrauches. In Deutschland und Oesterreich führte dagegen die Preisentwertung zur Verminderung der Ausfuhr und darum zur andauernden Verschlechterung ihrer Handelsbilanzen. In Polen herrscht dank der Stabilisierungskrise eine ungeheure Arbeitslosigkeit, die freilich auch in den andern, von der betreffenden Krise betroffenen Ländern - mit Ausnahme Frankreichs - sehr hoch ist. Die Geldknappheit hat der Spekulation ebenso guten Anlaß zu bieten vermocht wie die Geldentwertung. Die enormen Zinssätze für das Geld rufen die Spekulationen auf den Aktien, wie auch die misglückte Spekulationen auf der Erzeugung der Geldnot in den erwähnten Ländern beizug. Die Krise des Effektenmarktes - die Aktienkurse gingen auf die Hälfte bis ein Viertel ihres Wertes zurück - hat zur weiteren Entwertung des Mittelstandes und zur Konzentration des Kapitals in den Händen von wenigen geführt. In der Kredit- und Geldkrise trat die vollkommene Unzulänglichkeit des kapitalistischen Kreditwesens zutage. Die Notenbanken haben überall versagt, indem sie die Kredite nicht an die wirtschaftlich berechtigten Stellen zu lenken vermochten, während die privaten Geldgeber, die Banken und Geldmagnaten zur Verschärfung der Geldnot der Wirtschaft und der Erhöhung der Produktionskosten in vollem Maße beitrugen. - Es sind ferner zu erwähnen die Agrarkrisis, die sich in dem Mißverhältnis der Preise für landwirtschaftliche Produkte zu denen für Industrie- und Konsumgüter äußert, und die Rohstoffkrise, die besonders in dem Mangel an Baumwolle begründet ist. Erstere führte besonders in Deutschland, Oesterreich, England und Rußland zu verheerenden Schwerkrisen; unter letzterer leiden sämtliche Textilindustrien Europas; in England, Deutschland, Belgien, die Zigarettenindustrie uhm. Infolge dieser Krisen der Landwirtschaft und der Industrie haben die schubhülle neuen Kraft erhalten. Oesterreich wie für Industriezweige hat in die Reihe der Staaten mit Rohstoffmangel treten, zum großen Schaden der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Völker.

Die soziale Krise der letzten Zeit läßt sich aus der geschärferten politischen und wirtschaftlichen Lage ableiten. Treffen politische, Reaktion und Wirtschaftskrisen zusammen, wie dies in Deutschland und Ungarn der Fall ist, so find der sozialen Reaktion keine Schranken gesetzt. Es ist schon viel, wenn es der sozialen Bewegung gelingt, einige der schlimmsten Angriffe abzumehren. Im übrigen sind Ausbrüche der Verweigerung unter dem Einfluß des Hungers und der Vergehung an der Tagesordnung. Die Ausperrung der deutschen Verarbeiter und der Streit in ungarischen Verarbeitern sind bezeichnend dafür. Wo die politische Lage der Arbeiterchaft günstiger, die wirtschaftliche Lage des Landes aber schwer ist, gilt der soziale Kampf der Arbeiter der Verteidigung der sozialen Erwerbsansprüche der Arbeiterchaft, wie in Oesterreich, in der Schweiz und Polen. In England ringen die politisch

aufftreibenden Massen um die Wiedergewinnung der während der Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise herabgesunkenen auskömmlichen Löhne. Die großen Auseinandersetzungen im Bergbau und im Baugewerbe sind die wichtigsten Punkte in diesem Kampf. Im ersten Quartal des laufenden Jahres konnten die Arbeiter verschiedener Industrien ihre Reallohnne beträchtlich verbessern. In den Bändern, wo die Stabilisierungskrise die geschwächten wirtschaftlichen Schichten am meisten beunruhigt, hat der Abbau der Beamten, insbesondere unter und für ein außerordentlich schwieriges soziales Problem gestanden. Die Unterbindung dieser Kräfte in der Produktion kann im beratenden Europa nur durch radikale Forderung der Politik und Wirtschaft erzielt werden.

**Bauarbeiter Deutschlands, seid auf der Hut!**

„Der Bund“, die moderne Zeitschrift des Deutschen Bauarbeiterverbandes in der tschechoslowakischen Republik, schreibt in seiner Nr. 10 vom 21. Mai 1924 über den Schlichterentwurf im Baugewerbe Reichsbergs (Böhmen): „Es gab einmal eine Zeit, in der die Reichsberger Bauarbeiter sich stolz darauf rühmten, daß der Schlichterentwurf im Baugewerbe Reichsbergs (Böhmen) war dies in den Jahren 1920 und 1921, also zu einer Zeit, in der die gesamte Bauarbeiterbewegung organisiert war. Doch die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Menschen. Als der wilde Kampf der Kommunisten gegen den Deutschen Bauarbeiterverband einsetzte, wurde zwar nicht die Einheitsfront hergestellt, sondern die bis dorthin bestandene einheitliche Organisation geschwächt, vielen Bauarbeitern jedoch Vertrauen zur Organisation geraubt. Die Folge davon war, daß die auf diese Weise aus der Organisation hinausgeworfenen Bauarbeiter zu willenslosen Werkzeugen der Unternehmer wurden. Heute sehen wir, daß der Schlichterentwurf im Baugewerbe Reichsbergs (Böhmen) und dann weiß das Wort darauf hin, wie auf einer Reihe von Bauten, sogar auf Staatsbauten, vom morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr und auch bis 7 Uhr gearbeitet wird. Schlichter der Sonntag wird noch mit zu Hilfe genommen. Schließlich, die unentgeltlichen und jedem Kompromiß abholden Moskaujungen haben dem Bauunternehmertum gute Tage bereitet. Aber besenungsgeistig arbeiten sie unter der heuchlerischen Parole, Einheitsfront auf alle Fälle, weiter auf das Chaos hin, suchen sie die Bauarbeiter zum mehr zu verwirren, so daß diese dem Ausbeutertum gegenüber immer mehr überfordert werden.“

Bauarbeiter Deutschlands, laßt Euch vorstehendes als Warnung dienen. Gebietet den von der kommunistischen Parteizentrale auf Eure gewerkschaftliche Einigkeit, auf Eure Kampfkraft losgelassenen Feinden einer freien unabhängigen Arbeiterbewegung ein einschneidendes Wis-hier-her-und-nicht-weiter. Demagie und stärkt Eure gewerkschaftliche Kampfkraft; für habt sie in diesen Tagen bitter nötig!

**Streits- und Lohnbewegungen.**

**Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter:** Im Streik stehen oder ausgeperrt sind die Kollegen in: **Afisch, Aibling, Altdorf, Amberg, Arnswalde, Aschaffenburg, Augsburg, Bamberg, Barnstorf, Baruth, Bielefeld, Bitterfeld (Zeitzsch), Berne, Bodenem, Boffzen, Brate, Bratel, Braunshweig, Bremen, Bremerhaven, Brandenburg, Celle, Cleeve, Coblenz (Zeitzsch), Coburg, Dissen, Rothenselbe, Dieburg, Daberstadt, Eintr., Erlangen, Garmisch, Gershausen, Gorchheim, Freising, Ganderheim, Selb, Gerstlitz, Griesheim a. Main (Fabrikarbeiter), Goh, Groß-Müden, Göttingen, Gilmberg, Gillerheim, Gohlar, Gronau, Hannover, Helmstedt, Herford, Hof, Höchst (Fabrikarbeiter), Hildesheim, Holzhausen, Jümmels, Ingolstadt, Kassel, Köln a. Rh., Kellertsch, Kaufbeuren, Kempten, Kirchheim, Kronach, Künzlin (Stanz- und Emaillewerk), Kumbach, Kolbemoor, Königberg, Lauf an der Pegnitz, Laufen in Ober-Bayern, Lauterberg, Lehrte, Lingen, Lindau, Lügde, Lutz, Marktredwitz, Minden, München, München-Land, Memmingen, Miesbach, Mühlheim, Neosohberg, Mühlberg i. Bayern, Meppen, Nieheim, Nordheim, Northheim, Nienburg a. d. W., Oldenburg i. O., Osterhofen, Osterholz-Scharmbeck, Osterode, Otterbergen, Osnabrück, Passau, Peine, Pricen, Pyramont, Regensburg, Reffen a. d. Aller, Rosenheim, Rothenselbe b. Osnabrück, Rügenwalde, Röbel, Schuppenstedt, Schwabach, Schwarzbach, Schweinfurt, Singen, Sondelfingen, Seesen, Stadloidenhof, Stolp i. P., Tangernünde, Tegernsee, Troitzberg, Ulzen, Varel, Vegesack, Verden, Weilheim, Wildschauhen, Wilhelmshaven, Wintzen a. d. Aller, Wittlingen, Wolfenbüttel, Würzburg, Wunsiedel, Zwickau (Bau- und Installationsgeschäft Lind), Zeven.**

Die Streiks in Adorf, Barby, Deutsch-Krone, Garz a. d. S., Gassen, Großschau, Ramens, Tschone, Nordern und Reppow sind zugunsten der Kollegen beendet. Belegstellen die Sperren in Verden. In Westfalen ist die Aussperrung für unsere Kollegen erfolgreich beendet. Die Bauarbeiten des Gutsbesizers Peterlen in Bielefeld bei Nibel in Westfalen sind gesperrt. Der Herr baut in eigener Regie und verlangte die neunmündige Arbeitszeit, die unsere Kollegen verweigerten. 23 Kollegen waren dort beschäftigt, sie wurden sämtlich entlassen. In Wittenberg ist die Baufelle der Firma Gutewort, Witzig Maschinenfabrik gesperrt, weil dort täglich 10 Stunden gearbeitet werden soll.

**Gipser und Stukkature:** Der Streik in Berlin und in Baden ist durch die Schlichter zu Gunsten der Kollegen beendet.

**Glaser:** Streik in Berlin, Leipzig, Plauen i. O.

Man hat überall beobachtet, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten als die Arbeiter derjenigen mit mehr Arbeitsstunden.

Prof. Dr. J. W. Brantons.

**Bundesmitglieder werben für den Baugewerksbund!**

Die Pfingstzeit ist in diesem Jahre Werbezeit. Mit den Werberveranstaltungen darf die Werbearbeit nicht beendet sein, sondern nun muß sie erst recht beginnen. Der Kampf um die Arbeitszeit, um die Löhne sowie um alle sonstigen tarifvertraglich wieder neu zu erringenden Rechte erfordert, daß die Bauarbeiter ihre Kraft zu höchster organisatorischer Einheit und Geschlossenheit zusammenfassen. Kein Bauhilfsarbeiter und kein Hilfsarbeiter aus den zum Baugewerksbund gehörenden Berufen stehe außerhalb unserer Reihen. Jeder Bauarbeiter ist willkommen, der guten Willens ist, in der gewerkschaftlichen Gemeinschaft mitzuarbeiten für bessere Lebensverhältnisse. Stehen die Bauarbeiter in Eintracht und Treue zusammen, so werden sie das Höchste vollbringen. Sie werden Sieger sein über alle Schmarngelüste und über alle Feinde ihres Aufstiegs aus Not und Elend.

**Bauarbeiter, laßt keine Gelegenheit vorübergehen, für den Deutschen Baugewerksbund zu werben!**



**Aus den Bezirksverbänden.**

**Bezirksverband Bremen.** Am 18. Mai tagte in Bremen ein Bezirksrat, auf dem 17 Baugewerkschaften mit rund 13 000 Mitgliedern durch 28 Abgeordnete vertreten waren. 11 Baugewerkschaften mit 500 Mitgliedern waren nicht vertreten. Außerdem waren 6 Mitglieder des Bezirksvorstandes und 1 Mitglied des Bundesvorstandes anwesend. Der Bezirksrat faßte zu der Aussperrung im Unterwerk-Einsatzgebiet sowie zu Beitrags- und Unterhaltungsfragen Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes, Kollege Laneman, wies in seinem einleitenden Vortrage alle die Entwicklung der Lohnbewegung nach, daß die Starbühnigkeit der Unternehmer jede Einigung vereitelte. Der Aussperrungsgrund ist von den Unternehmern an den Parteien herbeigegeben und die Aussperrung selbst vom Vorstand des Unternehmerbundes diktiert worden. Man wollte damit bei den zentralen Verhandlungen am 20. Mai eine verlängerten Arbeitszeit vorarbeiten. Dagegen ist von Arbeiterseite nichts unterlassen worden, was eine Verständigung ermöglichen konnte. Solange die Unternehmer ihre reaktionären Bedingungen nicht fallen lassen und annehmbarere Löhne anbieten, so lange werden die Bauarbeiter kämpfen. — Eine rege und gründliche Aussprache führte zu folgender Entscheidung: „Die Bezirkskonferenz stellt fest, daß die Aussperrung der Unternehmer ein Schlag ins Wasser ist. (Von 13 000 organisierten Bauarbeitern sind rund 4000 ausgesperrt.) Die Beschäftigten erklären in der Aussperrungsmaßnahme nur ein zahlreiches Mandat der Unternehmer, um die am 20. Mai in Berlin stattfindenden Reichstagsverhandlungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die Konferenz macht es sich zur Pflicht, dafür einzutreten, daß diese brutalen Maßnahmen der Unternehmer mit aller Kraft abgewehrt werden. Vom Bundesvorstand erwartet die Konferenz bei den am 20. Mai dieses Jahres stattfindenden Reichstagsverhandlungen die Hochhaltung des Grundabtes. Kein Abschluß des Reichstagsvertrages ohne die Befreiung des Schlichterentwurfes. Von allen Mitgliedern des Deutschen Baugewerksbundes verlangt die Konferenz größte Opferfreudigkeit und größte Solidarität.“ Nach einer vom Kollegen Berg gegebenen Uebersicht sind von 25 Baugewerkschaften 12 an der Aussperrung beteiligt. Von den rund 8000 Mitgliedern dieser 12 Baugewerkschaften sind ausgesperrt in Brake 28, Bremen 1700, Bremerhaven 530, Lingen 29, Meppen 45, Nordheim 90, Oldenburg 575, Varel 65, Begejad 480, Wilhelmshaven 208 Mitglieder. In Oldenburg haben die Unternehmer nicht ausgesperrt, jedoch hat eine auswärtige Tiefbaufirma dort 81 Tiefbauarbeiter entlassen. In Verden ist ebenfalls nicht ausgesperrt. Von den Mitgliedern dieser Baugewerkschaft sind jedoch 41 Kollegen in Bremen mitausgesperrt. Die Gesamtzahl der Aussperrten beträgt demnach 3871. In Wernitzsch, Verne, Delmenhorst, Diepholz, Emden, Helgoland, Hoba, Beer, Norden, Nordern, Osnabrück, Luatenbrück, Rotenburg, Sulzingen, Wristingen, Verden, Wilslohöhe und Wildeshausen haben die Unternehmer nicht ausgesperrt. Dieser überaus mäßige Erfolg ihrer Aussperrung zeigt den Unternehmern den Zusammenbruch ihrer Machtpolitik. — Zur Beitrags- und Unterhaltungsfrage wurde beschlossen, daß jeder in Arbeit stehende Kollege täglich einen Stundenlohn als Ertragsbeitrag zu zahlen hat. Nachdem noch die Unterhaltung geregelt war, hatte der Bezirksrat seine Arbeit nachmittags 3/4 Uhr beendet.

Nach einem vorübergehenden Verzug der Schlichterstelle, die Parteien einander näherzubringen, waren diese am 23. Mai vom staatlichen Schlichter, Dr. Röllker, erneut zu Verhandlungen zusammenberufen. Die von Schlichter gebildete Spruchsammlung bestand aus 7 Herren: Dr. Röllker, Dr. Schmidt, Dr. Meyer sowie je 2 Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. In der Verhandlung befanden die Bauunternehmervertreter auf der lächerlich neunmündigen Arbeitszeit mit einem Stundenlohn von 70 % in der Spitze. Unsere Vertreter verteidigten den

Ausschwendtag und forderten als Spitzenlohn 85 % für die Stunde. Die Parteien kamen sich also nicht näher. Die Schlichterkammer ließ sie sich trennen und nun bemühten sich die Herren Unparteiischen stundenlang mit den Unternehmern allein; fast, als hätten sie die Arbeitnehmervertreter ganz vergessen. In der neunten Abendstunde wurde dann ein Schlichterentwurf gefaßt, der über die Arbeitszeit mit Wirkung bis zum 31. August folgendes bestimmt: „Der Ausschwendtag bleibt als Normalarbeitstag aufrecht erhalten. Esfordern es die wirtschaftlichen oder öffentlichen Interessen, so kann Mehrarbeit ohne Ueberschuldungszuschlag bis zu 64 Stunden wöchentlich im Einzelfalle beansprucht werden. Stimmt die Betriebsvertretung dem nicht zu, so kann die Zustimmung durch Entscheidung des bisherigen Tarifrates oder eines von den Parteien zu vereinbarenden Schlichtergerichts erbetet werden, das endgültig entscheidet. Werden zentrale Vereinbarungen über die Arbeitszeit getroffen, so ist diese Regelung damit aufgehoben.“ Die Spitzenlöhne sollen nach dem Schlichterentwurf bei laufenden Lohnwachen an erhöht werden: für Facharbeiter auf 75 % für Bauhilfsarbeiter auf 65 % für Tiefbauarbeiter auf 62 % je Stunde. In allen übrigen Orten des Bezirksverbandes soll der am 1. August 1914 in Kraft getretene Tariflöhntage gelten. Soweit bereits höhere Löhne bezogen werden, sollen diese bestehen bleiben. Unsere Vertreter haben den Schlichterentwurf abgelehnt. Der Kampf wird deshalb mit unverminderter Kraft weitergeführt. In Bremen stehen unsere Kollegen nach wie vor bei 7 Firmen im Streik.

**Bezirksverband Hannover.** Me Versuche, beziffert für den Monat Mai neue Löhne zu vereinbaren, sind gescheitert. Unsere Forderungen nach Lohnhöhung beantworteten die Unternehmer mit ihrem Verlangen, die Bauarbeiter sollen täglich 9 Stunden arbeiten. In Hannover und Göttingen wurde am 19. Mai ausgesperrt, und am 22. Mai beunruhigten die Unternehmer dies Kampfmittel auf den größten Teil der Orte im Bezirk Nordwestdeutsches Land aus. Somit sich übersehen läßt, ist in Wobenselbe, Calefeld, Hallerleben, Giffhorn, Hameln, Hermannsburg, Schaumburg-Lipper Land, Ilstar und Walstrobe nicht ausgesperrt. Aus einigen Orten wird mitgeteilt, daß die Aussperrung nicht voll durchgeführt ist. Einige Geschäfte haben die Arbeiter an notwendigen Bauten nicht ausgesperrt, haben damit aber keine Gegenliebe bei den Bauarbeitern gefunden. Sie stellen an solchen Bauten die Arbeit ein. In Pyramont sagen die Unternehmer die Aussperrung zurück, als sie merken, daß die Arbeiter die Arbeit auf eigene Rechnung fertigstellen wollten. Auch im Nordwestdeutschen Arbeiterverband, der bisher als gut diszipliniert zu betrachten war, zeigt der Umfang der Aussperrung, daß nicht alle Unternehmer die schmarngelüsterige Einstellung ihrer Organisationsleitung billigen.

**Bezirksverband Magdeburg.** Die am 30. April gefaßten Schlichterentscheidungen sind am 15. Mai vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt worden. In Verden, Burg und Habebatalen unsere Kollegen in den Streik, weil das Arbeitsministerium trotz unserer Bemühungen zu lange garberde, die Schlichterentscheidungen für verbindlich zu erklären. Als die Verbindlichkeit dann vorlag, und die Unternehmer bereit waren, die festgesetzten Löhne zu zahlen, verlangten unsere Kollegen Entschädigung für den entgangenen Arbeitsdienst oder einen über den Schlichterentwurf hinausgehenden Stundenlohn und außerdem die Aufnahme Verdenburgs in Lohnklasse I. Eine Verständigung war darüber mit den Unternehmern nicht zu erzielen, und so ist der Kampf bis jetzt weitergeführt worden. In Hannover wurden die Stundenlöhne über den Schlichterentwurf hinaus auf 64 % um 4 %, also auf 68 %, erhöht. Das war aber dem Geschäftsführer des Bezirksarbeiterverbandes, dem als Generalsekretär der Bauarbeiter Dr. Kaiser widerwillige Maßnahmen zuzugestehen. In der Sitzung der Unternehmer muß es sehr hoch hergegangen sein. Der Vorsitzende des Arbeiterverbandes hielt auf sein Wort. Da ihm Kaiser sehr nicht erlauben wollte, hat er seinen Vorstoß niedergebregt. Nach einem Beschluß des Arbeiterverbandes wird jede eine noch über die 68 % hinausgehende besondere Entschädigung gefordert. — Im Gebiet des Landesarbeiterverbandes der Braunschweiger Arbeiterverbände ist es in Walsenbürg zu einer Arbeitseinstellung gekommen. Wiederholt haben diese Arbeitgeber zum Ausdruck gebracht, daß ihnen die Stellungnahme ihrer Bezirksorganisation nicht passe. Jetzt, wo die Walsenbürg Bauarbeiter ernst gemacht haben, sind die Herren einig bemüht, den Bezirksarbeiterverband zur Unterstützung heranzuziehen. Nachdem eine größere Anzahl der Unternehmer, darunter größere Geschäfte, wie Nagel & Dieking, Beck und andere, sich bereit erklärt haben, einen Stundenlohn von 60 % zu zahlen, verlangt der Landesverband eine Verhandlung, da er der 60-%-Lohnsatz nicht anerkennen könne. Falls unsere Kollegen sich weigern, soll am 28. Mai ausgesperrt werden. Wie der Bezirksarbeiterverband das anfangen will, hat er in seinem Schreiben nicht näher dargelegt. — Der Schlichterentwurf für Sachverständigen regelt die Löhne bis zum 28. Mai. Eine neue Verhandlung ist für den 30. Mai in Aussicht genommen. Bei der bekanntesten Einstellung der Unternehmer dieses Bezirks ist mit einer Verständigung kaum zu rechnen. Es wird also wieder eine Schlichterentwurf angesetzt werden müssen. Der von dieser Sachlage in Verden geforderte Arbeiterminister hat nicht übersehen können; die Parteien müßten sich darüber verständigen, welcher Schlichterentscheidungsfall den Streitfall behandeln sollte, damit ihm die Möglichkeit bliebe, nach dem Schlichterentwurf, wenn nötig, zur Verbindlichkeits-erklärung Stellung zu nehmen.

**Bezirksverband München.** Die Aussperrung in Bayern besteht weiter; sie ist jedoch keineswegs so ausgefallen, wie Bergmüller & Co. gewünscht haben. Am 23. Mai meldeten sich in Südbayern 4200 Kollegen ausgesperrt, in Nordbayern ist ihre Zahl noch bedeutend kleiner; ein Beweis dafür, daß die Unternehmer in der großen Mehrzahl gar keinen Kampf um eine verlängerte Arbeitszeit wollten, sondern daß das Wort nur eine Machtschreie ohne Inhalt war. Unsere Vertreter sind demnach

Kollegen sind guten Mutes. Sacharbeiter kommen nur sehr wenige in Betracht, und wenn in den nächsten Tagen die Gewerke beginnt, wird auch für die Hilfsarbeiter Arbeitsgelegenheit genügend vorhanden sein. Für Freitag, 23. Mai, waren nun die beiden Parteien vom bayerischen Landesgeschäftler zu einer Verhandlung geladen. Unsere Vertreter erklärten, daß eine Einigung nur dann möglich sei, wenn die Arbeitgeber der achtundvierzigstündigen Arbeitszeit zustimmen. Die Arbeitgeber verlangten dagegen, daß die Wochenarbeitszeit für die Großstädte 54, für die übrigen Orte 57 Stunden betragen solle, dem Schiedsspruch vom 27. März entsprechend. Damit war jede Einigung ausgeschlossen. Der Landesgeschäftler, Regierungsrat Zug, brachte dann auch tatsächlich einen Vorschlag auf, der den Unternehmern möglichst vollkommen entsprach. Eine bezahlte Kautions muß man wirklich bewundern; aber in Bayern ist alles möglich. Der Mann weiß, daß die Arbeiter den Vorschlag des Geschäftlers vom 24. April auf 51 und 54 Stunden mit großer Mehrheit abgelehnt haben, und nun empfiehlt er als Landesgeschäftler, die gleichen Arbeiter sollen die 54- oder die 57-Stundenwoche wählen. Die Bauarbeitervertreter lehnten das Annehmen ab. Und wenn der Landesgeschäftler erklärte, seinen Vorschlag dann überhaupt nicht hinausgehen zu lassen und ihn zu dem Akten legen zu wollen, so ist das wohl auch das Beste. Ein aufgeschobener Vorgang aus dieser Verhandlung soll unsern Mitgliedern nicht vorzuentfallen bleiben. Der Vertreter der Unternehmer, Herr Bergmüller, stellte die Behauptung auf, bei der zentralen Verhandlung sei eine Vereinbarung erzielt worden, wonach hinsichtlich der Arbeitszeit der gegenwärtige Zustand bis zum Ende der zentralen Verhandlungen bestehen bleiben soll, daß aber dort, wo ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorliegt, dieser auch durchgeführt werden müsse! Als unsere Vertreter darauf erklärten, daß ihnen nichts davon bekannt sei und daß sie an eine bezahlte Vereinbarung auch nicht glauben, erklärte sich Herr Bergmüller, auszusprechen, daß wir nur abzuwarten die Vereinbarung zu haben. Natürlich wurde diese Annahme auf das entschiedenste zurückgewiesen. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß Herr Bergmüller einen Mißverständnis, nicht um eine Vereinbarung handelte es sich, sondern um einen Wunsch der Unternehmer, den aber unsere Vertreter entschieden zurückgewiesen haben. Wir kennen Herrn Bergmüller und wir haben uns auch in dieser Frage danach eingeklärt. Das Urteil über einen derartigen Mißverständnisse überläßt wir der Öffentlichkeit.

**Besitzverband Murnberg.** Ueber die für ganz Bayern in München am 23. Mai geführten Verhandlungen ist vorstehend vom Besitzverband München berichtet. — Auch im Bezirk Nordbayern sehen die Unternehmer mehr und mehr ein, daß ihnen die Felle davonkommen. Im Kampf befinden sich in der letzten Woche von den Bauern und von den Bauhilfsarbeitern rund 10 %, die Streikenden einbezogen. Die Ausgesperrten dürften etwa 18 bis 14 % der Mitglieder ausmachen, und das nennt der Bayerische Bauarbeiterverband Generalausperrung. In den letzten Tagen hat eine ganze Anzahl der Unternehmer in Murnberg und für die Ausperrung aufgehoben. In Bamberg sind die Unternehmer samt und sonders abgesprochen und haben die 48-Stundenwoche sowie einen Stundenlohn von 66 S für Sacharbeiter zugestanden. In diesen und in anderen Orten werden weitere Unternehmer diesem Beispiel folgen, falls der Bayerische Bauarbeiterverband nicht einsehen sollte, daß es 5 Minuten vor 12 Uhr doch besser ist, mit den Arbeitern ein Abkommen zu treffen, das die Arbeitszeit, nochbehaltlich einer zentralen Regelung, unberührt läßt. Einen entscheidenden Vorschlag, den wir den Unternehmern durch den Landesgeschäftler übermitteln ließen, haben diese aber kurzgehand zurückgewiesen. Alles in allem genommen, steht die Kampfphase für unsere Mitglieder günstig. Sie werden den Sieg an ihre Fahne heften.

**Aus den Baugewerkschaften.**

**Crefeld.** Einen schönen Erfolg haben unsere, bei der Firma Carljanen & Co., Zementwarenfabrik in Hülfersberg, errungen. Der Stundenlohn wurde auf 70 S erhöht, die Abstriche um 40 %, einige Sätze bis 100 %, die achtstündige Arbeitszeit bleibt bestehen. Jungensliche Arbeiter hatten bisher keine Ferien, jetzt erhalten alle unter 18 Jahre alten Arbeiter 3 Tage Ferien. Merkwürdig mußte das letzte Mittel, die Arbeitszeitverlängerung angewandt werden. Doch führte sie nach fünfjähriger Arbeitsruhe zum Erfolg. Die Kollegen gehörten aber auch sämtlich ihren Zentralgewerkschaften, den Bauarbeiterorganisationen an. Gewerkschaftsvertreter, Syndikalisten und Unionisten kamen nicht in Betracht. Volle Anerkennung verdient auch das Verhalten der Meister und Angestellten des Werkes. Ueber die allgemeinen Verhältnisse im Zementwarenfach ist zu sagen, daß der Achtundtag schon im Februar abgefallen war und an dessen Stelle der Neunhunderttag trat. Die Lohnverhandlungen brachten am 28. April den Stundenlohn in der Größe von 60 S täglich auf 66 S. Abstriche wurden um 10 % erhöht. Leider mußten die Fabrikarbeiterorganisationen diesem Ergebnis zustimmen, weil die Arbeit der Einzelmeister und Syndikalisten ganz zerfallene Verhältnisse herbeigeführt hatte. Ein Teil der Betriebe aber zahlte den Hungerlohn von 66 S noch nicht mal, und die Arbeiter lassen sich dies gefallen. Sie sind anscheinend zufrieden, wenn sie nur keine Arbeitszeitverlängerung zu bewilligen brauchen. Daß höhere Löhne gewährt werden können, beweist der Abschluß mit der Firma Carljanen. Angesehene Gewinne müssen die Betreiber lassen sich ruhig das Fell über die Ohren ziehen. Kollegen in der Zementindustrie, kommt zur Bestimmung, folgen in der alten Organisation zurück, nur in den Zentralgewerkschaften könnt ihr eure Lage verbessern. Alles andere seid ihr nicht. Niemand hätten die Kollegen auf Hülfersberg den Erfolg erzielt, wenn nicht geschlossen die Expedition hinter ihnen stand. Den Kollegen von Hülfersberg aber rufen wir zu: Halte fest an eurer Expedition, sie ist und bleibt die kürzliche Waffe im Kampfe mit der Kapitalmacht!

**Erzgebirge.** (Von der „Gainsfrage“) In letzter Zeit gewinnt sich diese Organisation dadurch aus, daß sie besonders geistigen Flugblättern gegen den Baugewerksbund zu Felde zieht. Es vergeht keine Nummer ihrer Zeitung, kein Flugblatt gibt sie heraus, worin nicht die Bauarbeiter in hundertfacher Weise gegen ihre freigewerkschaftliche Organisation aufgebracht werden. Sei es eine Verhandlung im Bezirk um Lohnverhöhung, seien es Differenzen an Baustellen, immer wird entweder in einem Flugblatt oder in der kommunistischen Presse auf das schamloslich darüber hergezogen. Gemächlich kündigt der Reichsamt dieser Woche in den „Kampfgewerkschaftsforderungen“ aus: „Ausreichende Löhne, Hohe der Achtundtag, das heißt die 48-Stundenwoche, die wieder zurück zur Arbeit, Ferien für alle Bauarbeiter, volle Rechte der Lehrlinge, Durchführung des Einheitslohnes für alle Bauarbeiter. Man sieht es den Forderungen sofort an, daß sie nur eine Demonstration darstellen sollen. Wie stehen die Gainsfrageleute nun zu einigen dieser Forderungen? Arbeit soll verboten sein. Der Papier ist gebudigt. Die „Gainsfrage“ verurteilt in der kommunistischen Presse, dem Chemiker „Kämpfer“, daß 70 % ihrer Mitglieder in Arbeit arbeiten müssen, weil sie sich gegenüber den Mitgliedern des „Rohstoffwerkes“ (unserer Mitglieder) sonst nicht durchsetzen können. Das sagt man natürlich nur, um seine eigenen Schandtatzen zu verdecken. Ueber die Lohnvereinbarungen und Schiedssprüche schimpfen sie wie die Möhrpöbel und sagen, das Unternehmernum sei mit dem Baugewerksbund kein in dem. Ein „Vertrag“ folgt dem anderen. Daß ihre eigenen Mitglieder es fast haben, deutend so angeht zu werden, ist verständlich und geht schon daraus hervor, daß die Kollegen in B o d a u und J a b i t z, die feinerzeit mit einigen Ausgesperrten ausgetreten waren, geschlossen zu unsern Wunden übergetreten sind. Im Gebiet der Baugewerkschaft Aue haben sich die Ausgesperrten im vorigen Jahre während der guten Bautätigkeit sehr breit gemacht. Jetzt können Mitglieder des Ausgesperrtenverbandes in andere Gebiete und verschickern dort die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aus R e u d o r f und C r o t t e n d o r f kommen Gainsfrageleute nach J w o d n i k, um bei den Unternehmern täglich 10 Stunden zu arbeiten. Daß auch Ausgesperrte aus Leipzig dabei sein müssen, versteht sich von selbst. In J w o d n i k, wo die Firma Holzmann eine große Strumpfweberei ausführt, haben sie die Kollegen mit der Arbeit „beglückt“. Dieselben Leute, die tagaus, tagelich schimpfen und immer wieder schimpfen, haben bei ihren Mitgliedern solche Erziehungsarbeit geleistet, daß sich niemand von ihnen mehr auskennt. Mit dem Maul reden sie gegen Arbeit und in der Praxis laufen sie bei einem Unternehmern zum anderen, um nur je in Arbeit arbeiten zu können. Der von den Unternehmern Kuffler in C h e m n i t z wurden unsere Kollegen, die den Keller herausgemauert hatten, entlassen, um einer Gainsfrage-Affordnauerkolonnen unter einem Führer der Ausgesperrten Platz zu machen. Nicht anders ist es mit der Ueberlieferung der Arbeitszeit. Die Gainsfrageleute bestreiten langfristige Resolutionen, aber niemand von ihnen richtet sich danach; jeder macht was er will. So werden Lohn- und Arbeitsbedingungen planmäßig verschlechtert.

**Oreiffenberg i. Schl.** Mit Beginn der Frühjahrsbautätigkeit wandten sich die Arbeiter in den Kreisen D a u b a n und S a n e n b e r g mit großer Eifer gegen die Unternehmern, die Folge der Inflation und die lange Arbeitslosigkeit wurden die Bauarbeiter wurde genug gemacht haben. In Neubau waren die Unternehmer besonders zahlreich. Wer sich mit der neunhundertstündigen Arbeitszeit nicht einverstanden erklärte, wurde nicht eingestellt. Trotz Vorfällen, die wir bei dem Leiter des Arbeitgeberverbandes erhoben, blieben sie bei ihrer Forderung. In dem Baugeschäft selbst, wo die Christlichen vorherrschend sind, war der Neunhunderttag noch zu wenig. Man arbeitete dort gar 9 1/2 Stunden. Ein Teil unserer Kollegen ließ alle fünf gerade sein und nahm das Ansehen der Unternehmer ruhig hin. Drei Betriebe, wo unsere Kollegen festgeblieben waren, unterlagen schließlich der Ueberredung ihrer Ausbieder. Verschiedene Herren, die ihre Arbeiter früher nicht einmal grüßten, wenn sie auf die Baustellen kamen, redeten ihren Leuten jetzt vor, nur, wenn sie täglich 9 Stunden arbeiten, werde Arbeit in Säule und Säule vorhanden sein. Der Unternehmer Herr G e r s h a m ankerte sich gegen den Reichsamt unserer Baugewerkschaft. Vertreter. Sie nochmals meine Baustellen, sie werden den Kollegen somit Taten zugemutet, die bisher nur Hoffische vollbracht haben. Da gegen müssen die Arbeitsbedingungen von den Unternehmern nicht verschlechtert lassen. Im übrigen hatten unsere Kollegen den Achtundtag allgemein aufrecht, namentlich auf dem Lande. Auch im Kreis Oreiffenberg wird nur vereinzelt 9 Stunden gearbeitet. Ueberall, wo länger als 8 Stunden gearbeitet wird, muß damit schnellstens gebrochen werden; denn die Arbeitslosigkeit ist nicht besonders gut. Verlangerte Arbeitszeit würde baldige Arbeitslosigkeit mit sich bringen. — Mander Kollege hält es für Luxus, Zeitraube zu zahlen, vernachlässigt die Werarbeit, arbeitet freigeschäftlich mit Inorganisierten zusammen. Das muß aufhören! In unserm weit ausgedehnten ländlichen Bereich muß man nicht alles von einer Stelle aus geleistet werden. Dabei muß jeder Kollege mithelfen. Namentlich müssen die Alten aus ihrer Zurückhaltung raus. Die Gleichgültigen müssen aufgeweckt werden. Nur in der Stärke unseres Muthes liegt unsere Kraft. In der Versammlung ist der Murren auf der Baustelle. In der Versammlung ist der Ort, die Meinungen auszusprechen und zu hören. Nur wenn wir einig sind, kann uns wird der Baugewerksbund der sichere Hort unserer Berufsinteressen sein.

**Stricksberg i. Schl.** Die Spanne zwischen den Stundenlohn der Sacharbeiter und der Hilfsarbeiter betrug bisher 7 bis 8 S. Durch den kürzlich gefallenen Schiedsspruch ist diese Spanne auf 12 bis 13 S erweitert worden. Dagegen hat eine Versammlung am 20. Mai in folgender, von den Bauhilfsarbeitern vorgelegten E n t s c h l u s s, Stellung genommen: Die jetzt bestehende Lohnpanne zwischen Sach- und Bauhilfsarbeitern ist unbedingt tief zu groß und wird von den Unternehmern ausgenutzt, zwischen

Sach- und Bauhilfsarbeitern ein Reibungsfeld zu schaffen, um ihr geschlossenes Auftreten in kommenden Kampfen zunichte zu machen. Bei kommenden Lohnverhandlungen muß dahin gewirkt werden, diese Lohnpanne zu beseitigen. Es wird deshalb die Bestimmung dieser Entschlüsse im „Grundstein“ gefordert, damit eine von unserer Gewerkschaften angeleitete Verbindung mit den anderen Baugewerkschaften der Bedingung Schließen zwecks einheitlichen Vorgehens bei Lohnverhandlungen Erfolg hat.

**Scherleben.** Wie sich die Vertreter mit dem Schiedsspruch abzufinden suchen, der doch für die letzten Sachen für allgemeinverbindlich erklärt ist, zeigt folgender Vorgang. Die Arbeitgeber leisteten unserer Expedition mit, daß sie nur noch Löhne nach der Skala III und IV zahlen werden. Sie begründen dies mit der heutigen Geldlosigkeit und der Höhe des Lohnes gegenüber der Preissteigerung. Öffentlich haben sie nun an den Kollegen der Skala I noch die Kosten beim Bericht zu zahlen. Die Kollegen werden ihnen schon zeigen, wo Partei den Reich hat.

**Aus den Fachgruppen. Bau-Vermeister.**

Von den Kollegen aus der anderen Fakultät. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben die Kellere und Schachtmeister sich gute Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen. Dank der Einigkeit in der Tarifgemeinschaft und gestützt auf die Angriffe der Unternehmer auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuweichen. Kein Wunder, wenn die Unternehmer darauf bedacht waren, diese Einigkeit zu gefährden. Was die Unternehmer allein nicht fertigzubringen konnten, versuchen sie nun mit Hilfe williger Zuhörer, die sie in Betreibern jener Organisationen fanden, die die Erdarbeitenstrategie für Kellere und Schachtmeister abgeschlossen haben. Am 12. Mai hatte der Polierbund für das Gebiet Rheinland und Westfalen in Düsseldorf mit den Arbeitgeberverbänden für das Baugewerke Verhandlungen zwecks Abschluß eines Bezirksabkommens. Den den Polierbund, der sich bisher auf unserm Bureau immergen über die neuen Löhne erkundigte, unsere Werke also genau weiß, haben wir keine Mitteilung darüber erhalten, daß verhandelt werden sollte. Trotz auf Einwagen erwidern wir davon. Der zur Teilnahme an diesen Verhandlungen beauftragte Düsseldorf Kollege wurde, wie vorauszusetzen war, von den Unternehmern abgelenkt. Aber wie fater nicht erwartet, daß die Arbeitnehmervertreter besondere Schwierigkeiten machen würden. Der Vertreter des Reichsamt vom Deutschen Polierbund und der Vertreter des Reichsamt vom christlich-nationalen Vermeisterverband (Eich) haben sich die größte Mühe gegeben, unsere Vertreter die Teilnahme an den Verhandlungen unmöglich zu machen. Kellere und Schachtmeister, weicht selber, lassen sich solche Verhandlungen mit gewerkschaftlichen Grundfragen vereinbaren? Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet gibt es aber noch andere Kollegen zu arbeiten. So bringt die Nummer 9 der „Polierzeitung“ einen Artikel, von Friede, Pfaffenberg, überschrieben: „Die Sektion der Bau-Vermeister“, darin wird wieder einmal das unfinstige Zeug über unsere Fachgruppenvereinbarung verzapft. Unter anderem meint der Artikelverfasser, unser Reichsgruppenobmann werde nicht von den Geldern organisiert Kollegen, sondern durch Gelder von Kongernen der Kolonnen und Schichtarbeitern bezahlt. Man sucht bekanntlich keinen hinter dem Len, wenn man nicht selber dahinter gesteckt hat. Es scheint also die Möglichkeit zu bestehen, daß der Artikelverfasser den Vorsitzenden des Deutschen Polierbundes damit gemeint hat. Daß ein Gewerkschaftsblatt sich öffentlichen Mißständen verzapft, ist bedauerlich, es läßt besser, seine Spalten zur Aufklärung seiner Mitglieder zu verwenden.

**Gipsier und Stukkature.**

**Chemnitz.** Im „Kämpfer“ wurde kürzlich vom abgewählten Stukkaturstreik“ gefaselt. Dazu schreibt unser Kollege Z u n e m a n n: In vier Lohnverhandlungen war keine Einigung zu erzielen, weshalb sollte ein Schiedsspruch unsern Streik ein Ende machen? Dieser wurde jedoch abgelehnt; denn eine längere Arbeitszeit liegen wir uns nicht bieten. Am 30. April fand dann nochmals eine Verhandlung statt, den Freitags Sachen statt; als Resultat wurden vier 48-Stunden-Abstriche, 10 % Lohnerhöhung, Auszahlung von 14 Tagen 96 S und nicht 90 S, für Freunde von dort; es ist sogar möglich, daß in 2 Wochen durch unsere Abstrich 1,10 S herauskommen. Aber die braucht Agitationsstoff, um sich halten zu können, darum die irreführende Notiz. Wo waret ihr denn während des Streiks? Nicht den Mut hattet ihr, die bei euch organisierten Streikbrecher vom Bau zu holen; dafür hattet ihr den Mut, sie in der Versammlung zu schämen und verlangte eine Abstimmung, daß sie gezwungen werden sollten, mitzutreten. Um wieder Ruhe zu bekommen in der Versammlung, ließen wir abstimmen. Beim Arbeitgeberverbandsvorsitzenden trugen sich folgende Fälle zu: Eine Kolonne Rüber arbeitete 4 Tage im Streik; trotzdem diese am ersten Tage zweimal aufgefordert wurden, mitzutreten, wollten sie sich nur obiger Abstimmung fügen. Dann nach 5 Tagen erbat sich eine andere Kolonne eine Genehmigung, um beim Baummeister arbeiten zu können. Diese wurde auch gegeben; aber nach 4 Tagen stellte sich heraus, daß sie beim Vorliegenden weitergearbeitet hatten. Wie sie sagten, wollten sie den Meister nicht im Stich lassen. Eine andere Firma bewilligte; dort sind gleich wieder Rüber hingegangen, ohne uns zu fragen, trotzdem sie unsere Bestimmung bekräftigen haben und wußten, daß nach Streikende da waren. In unsern Versammlungen erschienen sie und machten Sprüche, aber wir schämten niemand heraus, der zu uns gehört, und haben zur letzten Versammlung keine Vorstände zu gelassen, um jede Beeinträchtigung zu vermeiden. Aber die Gainsfrageleute müssen zu solchen Mitteln greifen. — Unser Lohnkampf gibt es für uns nicht; denn es arbeitet keiner unter 1 M. Ob eure Leute Lohnbrecher sind, kann ich nicht feststellen. Bei uns gibt es keine Schließung, mein lieber

Nebel, aber du hast direkt in der Abstimmung heute durch die Tür geschoben, ob Maurer oder Bauarbeiter oder gar Straßenarbeiter, kann ich nicht feststellen, nur um unsern Erfolg nicht zu gefährden. Aber unsere Kollegen haben diese Niederträchtigkeit und wandten sich sofort dagegen, worauf ich nochmals abstimmen lassen mußte. O, ihr „Revolutionsäre“, wie tief seid ihr gesunken! Früher schämt man Streikbrecher heraus, heute schämt ihr sie!

**Glaser.**

**Berlin.** Seit dem 12. Mai befinden sich 370 Kollegen im Abwehrkampf, weil die Herren der Glaserzunft getreu den Maßnahmen der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes die verlängerte Arbeitszeit einführen und Ferien abschaffen wollten. Wir hatten am nächsten Tag fest und verlangen die Ferien nach dem alten Vertrag sowie einen Stundenlohn von 85 %. Zwei Glasbleisereien mit 21 Arbeitern haben diese Bedingungen anerkannt. In diesen Betrieben wird gearbeitet. Zu Verhandlungen ist es mit den Glasermeistern bis zum 26. Mai noch nicht gekommen. Der Kampf wird voraussichtlich noch längere Zeit dauern.

**Mauen i. W.** Was wir in Nummer 22 des „Grundstein“ andeuteten, ist Gewissheit geworden. Die Glasermeister beharren auf ihrer Starrköpfigkeit und wollen uns auch weiterhin mit dem Hungerlohn von 56 % je Stunde abpassen. Nur in wenigen Fällen wurden 3 % über den Mindestlohn gezahlt. Die Glaser sind Bauarbeiter und sind durch die große Winterarbeitslosigkeit zu Saisonarbeitern herabgedrückt, weshalb wir auch den Lohn der Bauarbeiter verlangen. Ob die Glasermeister dem Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe beigetreten sind, ist für die von uns geforderte Lohnregelung völlig belanglos; denn in sehr vielen Städten Deutschlands werden die Glaser nach dem Stundenlohn der Bauarbeiter, teilweise sogar etliche Prozent höher entlohnt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, haben die Kollegen am 24. Mai einstimmig den Streik beschlossen und stehen seit dieser Zeit im Kampfe. Zugut ist von den Streikorten streng fernzuhalten.

**Steinholzleger.**

**Keine Prämienarbeit.** Ein in Nummer 21 des „Grundstein“ veröffentlichter Arbeitergesuch der Firma „Sama“ in Hannover hat unter unsern Kollegen in verschiedenen Orten berechtigten Unwillen erregt, weil es Leistungszulagen anbot. Im Steinholzlegerberuf wird die Prämienarbeit schon seit langem in anderer Form. Die Arbeit aber ist schon seit 1906 begeben, und unsere Kollegen sind nicht gewillt, sie durch besondere Verdienste, wie Zulagen oder Prämienvergütung, wieder aufzuerstehen zu lassen. Wir bedauern deshalb, daß die Anzeige in dieser Fassung veröffentlicht wurde und ermahnen unsere Kollegen, irgendwelche Arbeiten nur zu den von der Organisation gebilligten Bedingungen anzunehmen.

**Siebbaarbeiter.**

**Wasserkräuterverwaltung.** Im Jahre 1920, in einer Zeit, da die Ministerien zum Teil von Männern besetzt waren, die den besten Willen hatten, den Arbeitern gerecht zu werden, konnte nachstehendes Dokument entstehen:

Der Minister Berlin W 66, 28. November 1920.  
Der öffentlichen Arbeiten. Willenstr. 79.  
III P. 13. 907 C.

**Gilt!**

Mit dem Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes habe ich, da nach § 2 RZWB, Bauarbeiter, die bei den in Eigenbetriebe der staatlichen Wasserbauverwaltung ausgeführten Neubauten und größeren Erweiterungsarbeiten beschäftigt werden, unter den Reichsarbeitsvertrag für das Tiefbaugewerbe fallen, eine Arbeitsgemeinschaft in Tarifvertrag vereinbart. Die wichtigsten Bestimmungen dieser Vereinbarung sind folgende:

- a) Der Reichsverband wird das Ministerium der öffentlichen Arbeiten fortlaufend über die die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter betreffenden Angelegenheiten unterrichten.
- b) Zu Wesprechungen über diese Gegenstände bei der Zentrale oder den Bezirksleitungen des Reichsverbandes werden die Vertreter der staatlichen Wasserbauverwaltung eingeladen werden. Sie sind jederzeit anzuwenden, haben aber kein Stimmrecht.
- c) Der Reichsverband wird für Abschluß von bezirksweisen oder örtlichen Lohn- und Arbeitsverträgen auf Grund des Reichsarbeitsvertrages für das Tiefbaugewerbe für diejenigen Baustellen Sorge tragen, die nach § 2 des Lohnarbeitsvertrages für die Arbeiter der preussischen Wasserbauverwaltung unter den Reichsarbeitsvertrag für das Tiefbaugewerbe fallen.
- d) Der Reichsverband wird die staatliche Wasserbauverwaltung bei der Durchführung der Lohn- und Arbeitsverträge auf den zu c genannten Baustellen unterstützen, insbesondere auch durch Zurberfügungstellung der besonderen tariflichen Schlichtungsinstanzen für das Tiefbaugewerbe.
- e) Der Reichsverband wird die staatliche Wasserbauverwaltung bei Lohnbewegungen unterstützen.
- f) Die staatliche Wasserbauverwaltung wird Vertreter des Reichsverbandes zu ihren Verhandlungen, betreffend den allgemeinen Lohnarbeitsvertrag für die Arbeiter der Wasserbauverwaltung, zulassen, soweit die Verhandlungen sich beziehen auf die Anwendung des Reichsarbeitsvertrages für das Tiefbaugewerbe.
- g) Für diejenigen Arbeiter der staatlichen Wasserbauverwaltung für die nach § 2 ihres Lohnarbeitsvertrages der Reichsarbeitsvertrag für das Tiefbaugewerbe Anwendung findet, dürfen ohne Mitwirkung des Reichsverbandes tarifliche Vereinbarungen nicht getroffen werden.

Hiernach ist zwecks Abschluß von Lohn- und Arbeitsverträgen für Arbeiter, die nach § 2 des RZWB, unter den Reichsarbeitsvertrag für das Tiefbaugewerbe fallen, mit den Bezirksvereinen des Reichsverbandes ins Benehmen zu treten. Das weitere Zusammengehen nach Maßgabe der getroffenen Verträge.

nen Vereinbarungen mit den Bezirksstellen des Reichsverbandes bei allen Fragen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die sich bei der Durchführung der abgeschlossenen Lohnarbeitsverträge ergeben, muß Ihrem Ermessen überlassen werden. Abdruck nebst Verzeichnis der Bezirksvereine des Reichsverbandes des deutschen Tiefbaugewerbes für die nachgeordneten Behörden liegen bei.

Im Auftrage: G. Krohne.

Das jetzige Reichsberufungsministerium ist der Nachfolger des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Die „Arbeitsgemeinschaft“ ist von ihm fortgesetzt. Das gleiche gilt von den preussischen Ministern. In Wirklichkeit ist diese Arbeitsgemeinschaft eine Verbindung von privaten Unternehmern und Regierung zwecks Niedrighaltung der Erdarbeitslöhne. Dabei sind die Unternehmer die Befehlenden, die Regierung gehorcht gern. Das ergibt sich auch aus folgendem Fall: In der Nähe von Embden wird ein Deich gebaut im Eigenbetriebe des dortigen preussischen Wasserbauamts. Nach dem RZWB, § 1 gelten für diese Arbeiten die Bestimmungen, wie sie für Tiefbauarbeiter bei Unternehmern festgelegt sind. Danach hätten alle Erdarbeiter an diesem Bau 65 %, vom 1. Juni an 67 % Stundenlohn zu verlangen. Nach dem RZWB bekommen sie nur 32 %. Das Wasserbauamt sucht deshalb mit Hilfe des Reichsverbandes den eigenen Vertrag zu umgehen. Gewiß ein trauriger Fall, daß eine freie Gewerkschaft ruhig zuseht, wie ihre eigenen Mitglieder zu Lohnrüdnern ausgebeutet werden. Im übrigen wird uns dieser Fall noch an

**Für die Woche vom 1. bis 7. Juni ist der 23. Bundesbeitrag für 1924 zu zahlen.**

anderer Stelle beschäftigen. Der Vorsitzende des Wasserbauamts in Embden beauftragt, der preussische Handelsminister habe angeordnet, er dürfe nur Löhne zahlen, die mit dem Reichsverband für das Tiefbaugewerbe vereinbart seien. Ein preussischer Minister und seine Untergebenen brauchen anscheinend nicht zu wissen, daß es seit über Jahren keine besonderen Vereinbarungen mit den Tiefbauunternehmern mehr gibt. Im übrigen steht davon auch nichts im RZWB.

**Töpler und deren Hilfsarbeiter.**

**Zur Beachtung für die Fachgruppen-Obermänner.** Vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Berlin SW, Leipzigerstraße 2, wurde unterm 13. März 1924 ein Erlaß herausgegeben, worin auf die Neuregelung der Arbeitszeit durch Verordnung vom 21. Dezember 1923, sowie auf die Bestimmungen des § 6 b, Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 und der Verordnung vom 31. Mai 1920 hingewiesen wird. Die Kollegen haben deshalb bei Abschluß von Tarifverträgen die Unternehmer darauf hinzuweisen, daß auf deren — oder gemeinsame Kosten — je 1 Exemplar des örtlich begrenzten Geltungsbereiches den Aufsichtsräten zugeführt wird. Es ist zu beschließen und protokolllarisch festzulegen, wer die Uebersetzung auszuführen hat, indem bei Uebersetzung Verstärkung erfolgen kann, was unbedingt vermeiden werden muß. Gleichseitig bitten wir, auch die Verwaltung der Baugewerkschaft oder etwaige Lohnkommissionen auf den Erlaß aufmerksam zu machen.

In Schlesien sind die Verhandlungen wegen eines Reichsarbeitsvertrages für Osnfecher und Osenformer geplatzt. Es wird wieder örtlich verhandelt. — In Westfalen in der Mark ist, wie bereits gemeldet, in den dortigen Osnfabriken der Streik ausgebrochen. Auf den bisherigen Stundenlohn von 48 %, der auch erst nach monatelangen Verhandlungen erzielt wurde, wollen die Herren gnädigst 5 % zulegen. Mit diesem Hungerlohn sollen die Töpler die Substanz der Fabrikanten erhalten. Wir erwarten, daß alle Kollegen im Reich die höchste Solidarität gegen die kämpfenden Kollegen üben. Alles ist möglich, den Kampf zu vermeiden. Wenn uns dies nicht gelingen ist, dann tragen die Fabrikanten die Schuld. Die Schurfmacher unter ihnen haben gesagt, doch mer weiß auf wie lange. Die übertragene Weidrecht der Weltener Bevölkerung steht hinter den Töplern und wird ihnen seine Sympathie in vollstem Maße beweisen. Der Streik der Osnfecher in Oppeln hat nach neuntägiger Dauer mit Erfolg geendet. Die Osnfechermeister wollten die Löhne um 25 % herabsetzen, mußten aber erkennen, daß ihre Rohinduzier nicht zu verwirklichen war, trotz einiger Streikbrüder, die sich in Oppeln, Reize, Wosjowa und Gutenberg bedauerlicherweise angehängen hatten. Der Stundenlohn beträgt 70 %. — In Deutsch-Obereschlesien hat der Streik unsern Kollegen nach etwa vierwöchiger Dauer am 21. Mai vollen Erfolg gebracht. Ihre Forderung war zunächst darauf gerichtet, den Tarif für Osnfecher vom Jahre 1922 für verbindlich erklärt zu erhalten. Nach Einföhrung der Rentenmark hatten die Arbeitgeber von dem Tariflohn 25 % abgezogen. Als alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren und auch der Schlichtungsausschuß kein für die Kollegen annehmbareres Ergebnis brachte, wies nur noch der Streik übrig. Während des Streiks forderten unsere Kollegen eine Erhöhung der Löhne um 20 %. Die Unternehmer bewilligten den Osnfechartarif mit dem Verprechen, daß weiter verhandelt wird, wenn die Forderung weiter steigt. Die Stundenlöhne betragen für Lenzener 70 %, für Töpler 54 %.

Zünftiger Osnfecher, der selbständiges Arbeiten gewohnt ist, für die Schweiz bei besserer Bezahlung gesucht. Erik Hof, Antel, Radetzkielstr., Lauf a. d. Remt.

**Allgemeine Rundschau.**

**Bauarbeiterbewegung in der Schweiz.** Ueber die Lohnbewegungen der Schweizer Bauarbeiter ist einem Bericht des Bau- und Holzarbeiterverbandes folgendes zu entnehmen: Die Holzarbeiter haben in verschiedenen Orten Lohnherabsetzungen und Ferien erreicht. In anderen Orten wird noch verhandelt. Teils waren Speeren notwendig. In einem größeren Orte wird es voraussichtlich

nicht ohne Streit abgehen. Bei den Bauarbeitern sind gleichfalls noch einige Bewegungen im Gange. In Zürich wird über den Tarifvertrag verhandelt. In Bern ist die Bewegung noch nicht abgeschlossen. In Brüssel sind bei Basel stehen die Bauarbeiter seit 8 Wochen im Streik. In Winterthur, Baden und im Berner Oberland gehen unsere Kollegen betriebsweise vor. Die Orte sind gesperrt. Die Gipsler in Zürich streiken seit 7 Wochen. Die Unternehmer sind mit aller Macht auf den Streikbrecher aus. Demgegenüber ist größte Wachsamkeit erforderlich. In Winterthur, Zugern, Baden und Berner Oberland haben die Gipser gleichfalls Bewegungen um höhere Löhne eingeleitet. Die Maler haben ihren Streik in Zürich nach 9 Wochen langer Dauer abgebrochen. Außer ihren Unternehmern hatten sie die Architekten, die Bauteile, die Polizeigewalt gegen sich und Leiber auch Streikbrecher. Der Kampf ist damit jedoch noch nicht zu Ende; Zugut ist nach wie vor fernzuhalten. In Zugern und im Berner Oberland ist die Lohnbewegung der Maler ebenfalls noch nicht abgeschlossen. Die Zimmerer haben in Bern und Zürich Arbeitsverträge, die die Löhne erhöhen, mit den Unternehmerverbänden abgeschlossen. In Wurdorf wird noch verhandelt. Die Steinhauser streiken in Bern und Umgebung seit 4 Wochen. In Wädwil werden am Bau des Wälderbuntparkes mitechtliche Löhne gezahlt (40 bis 50 Cent je Stunde weniger als anderwärts). Ein Teil der Steinhauser hat die Arbeit deshalb schon eingestellt. Für Wädwil wie auch für Bern bemühen sich die Unternehmer, besonders im Auslande, um Streikbrecher; also, Kollegen, seid nachsamt! In Basel, Winterthur und Bräcken befinden sich die Steinhauser gleichfalls in der Lohnbewegung. In Zürich bestehen Differenzen mit einzelnen Unternehmern. Die Ramorarbeiter haben ihren Randestarifvertrag um ein weiteres Jahr verlängert. Nur in Riehen b. Basel liegen noch ernsthafte Differenzen vor. Die Steinhauser haben ihren Unternehmern in Bern und Zürich Lohnforderungen unterbreitet. — Bei Zureise nach der Schweiz ist für alle Bauberufe größte Vorsicht geboten. Kein Kollege darf zureisen, ohne vorher bei der Verbandsleitung oder bei den Ortsstellen Erkundigungen eingezogen zu haben.

**Bekanntmachung des Bundesvorstandes.**

Beitragsmarken für Lehrlinge und jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren werden nur in den Preislagen von 10 und 15 % auszugeben. Sind die Stundenlöhne höher, so zahlen auch Lehrlinge und jugendliche Mitglieder, die ihrem Stundenlohn entsprechenden oder denselben Beiträge.

Marken für Streikbeiträge werden in den Preislagen von 50 %, 1, 150, 2 und 3 % vorzuzig gehalten. Diese Vereinfachung ist geboten, weil eine genaue Anpassung der Streikbeiträge an die Stundenlöhne eine zu große Anzahl verschiedener Marken erfordern würde.

**Bundeskalender.** Die Vorstände der Baugewerkschaften werden gebeten, den Mitgliedern bei jeder passenden Gelegenheit immer wieder Kalender zum Kauf anzubieten. Sie empfehlen hier, daß sie sich für ihre Geschäftsräume einen kleinen Kalendarium anfertigen, der darauf hinweist, daß nach Kalender zum Preise von 40 % zu haben sind, und daß sie diesen Kalendarium an leicht sichtbarer Stelle anbringen.

**Angeschlossen auf Grund des § 16 der Bundesfassung sind von der Baugewerkschaft Bremerhaven: Hermann Mahnen, Maurer, geb. 30. 8. 85 zu Eiden (164 648); Karl Seifert, Hilfsarbeiter, geb. 6. 10. 78 zu Girsberg i. Schiefen (527 886); von der Baugewerkschaft Braunschweig: Johannes Felsner, geb. 24. 3. 02 zu Gölzig (1 317 878); von der Baugewerkschaft Dresden: Otto Janke, Maurer, geb. 12. 5. 74 zu Langs Meerfen (596 856), Emil Scheibe, Maurer, geb. 15. 9. 83 zu Neuanpach (957 474), Wilh. Schulz, Maurer, geb. 28. 6. 89 zu Zwickau (824 820), Wilh. Strauß, Maurer, geb. 16. 9. 87 zu Schönberg (1 150 062); von der Baugewerkschaft München: G. Lada, b. Karl Rüttlen, geb. 8. 8. 91 zu Wierfen (693 404); von der Baugewerkschaft Nürnberg: Ulrich Bauer, Hilfsarbeiter, geb. 18. 12. 02 zu Hoptal (1 012 169), Joh. Widel, Hilfsarbeiter, geb. 30. 12. 85 zu Hoptal (820 739), Stefan Regel, Hilfsarbeiter, geb. 30. 10. 96 zu Siedach (941 151), Johann Küttler, Hilfsarbeiter, geb. 2. 9. 00 zu Hoptal (1 250 548), Hermann Brenzel, Hilfsarbeiter, geb. 27. 2. 03 zu Hoptal (1 012 138), Joh. Schrobberger, Hilfsarbeiter, geb. 80. 4. 04 zu Hoptal (1 102 568), Leonhard Schrödel, Maurer, geb. 10. 6. 03 zu Hoptal (526 072) und Karl Wagner, Maurer, geb. 24. 2. 88 zu Zaberfeld (1 220 554); von der Baugewerkschaft Diersleben: Gottlieb Voelckard, geb. 7. 7. 86 zu Diersleben (717 017).**

**Der Bundesvorstand.**

Baugewerkschaft Braunschweig. (Festungs- und Schornsteinmaurer.) Montag, 9. Juni (zweiten Pfingsttag), vormittags 10 Uhr, nächste Versammlung im Generalsekretariat.

Die Baugewerkschaft Selenaun sucht um baldigen Eintritt eines Geschäftsführers. Bewerber müssen mindestens 10 Jahre dem deutschen Baugewerkschaftsverband angehören, deutsch sein und kapitalistisch betriebl. sind mit der Baugewerkschaft verbunden sein. Bewerbungen sind in doppelter Ausfertigung mit Lebenslauf und einem Aufsatze über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung spätestens am 14. Juni an Adolf Förster, Selenaun 214, einzureichen.

Gemeinnützige Bau- und Produktionsgenossenschaft Gräfenhain und Umgebung e. G. m. b. H. in Liquidation. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 13. April 1924 ist die Genossenschaft aufgelöst worden. Liquidatoren sind die Maurer Hermann Anz, 2, Poststraße, und Paul Gruber. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei den Liquidatoren zu melden.

Baugewerkschaft Mauen. Schornstein- und Feuerungsmaurer, Plötterer und Steinbohrer, Putzere und Schachmaurer treffen sich am 9. Mai im Hotel „Fingert“, vormittags 10 Uhr, im Generalsekretariat, Poststraße 96. Sehr wichtige Besprechungen.

Karl Britsche, Maurer, gebürtig aus Werra a. G., w. u. b. mit einem Angabe seines Lebenslaufes etc. Zusammentreffen, auch von Kollegen, erbeten. Entlohn werden vergütet. Frau Joh. Schlichte, Werra a. G., Werra 100.